



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
LANDESVERBAND BERLIN

**Kurt-Schumacher-Haus**  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin  
Landesgeschäftsführer:  
Sven Heinemann

**An**

Sven Born  
Bürgerinitiative Ruhwald e.V.

**Per E-Mail an**

[sven.born@bi-ruhwald.de](mailto:sven.born@bi-ruhwald.de)

Hotline: 030 - 4692-222  
berlin@spd.de  
Web: [SPD.Berlin](http://SPD.Berlin)

Bei Rückfragen:  
dorothee.stahlberg@spd.de  
030-4692-170

Berlin, 8. Februar 2023

***IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023***

Sehr geehrter Herr Born,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm. Anbei senden wir Ihnen die Antworten der SPD Berlin auf Ihre Fragen, die wir aus redaktionellen Gründen zusammengefasst haben.

Unser Programm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei der Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt. Ergänzend dazu haben wir einen Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossen. All das und viele weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Mit Blick auf die erfragten Details würden wir Ihnen gerne den Kontakt zu Nina Lerch MdB, Sprecherin der SPD-Fraktion für Umwelt und Klima, und Torsten Hofer MdB, Sprecher für Kleingärten, empfehlen.

Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen

i.A. Dorothee Stahlberg

***ZUSAMMEN BERLIN***

Auf unserer Fraktionsklausur im Januar 2023 haben wir uns mit der Situation der Berliner Kleingärten befasst und in unserer Resolution für das Jahr 2023 ein Kündigungsmoratorium für die Pächter\*innen der über 57.000 landeseigenen Kleingärten in Berlin gefordert. Denn wir finden, dass in einem Krisenjahr nicht gezahlte Nebenkosten oder Pacht nicht zum Verlust des Kleingartens führen dürfen. Für uns als SPD Berlin ist klar: Diese gewachsenen Strukturen dürfen nicht aufgrund der aktuellen Energiepreiskrise und Inflation zerstört werden.

Auch in unserem Wahlprogramm haben wir festgehalten: Die Berliner Kleingartenanlagen wollen wir erhalten und dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Diese Forderung haben wir auch in den Koalitionsvertrag eingebracht. Die Berliner Kleingartenanlagen sind mit ihren 2.900 Hektar Gesamtfläche unverzichtbare Stadtoasen, Rückzugsräume und Selbstversorgungsmöglichkeiten. Neu zu vergebende Kleingärten in wohnortnahen Lagen sollen daher bevorzugt gemeinschaftlich genutzt und zeitlich befristet vergeben werden. Sofern der Bau von Schulen und Kitas sowie die Daseinsvorsorge eine Inanspruchnahme von Kleingartenflächen erfordern, ist der Verlust dieser Gärten möglichst eingriffsnah zu ersetzen. Wir werden aber auch die anderen Formen des Gemeinschaftsgärtnerns als Ausdruck des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt unterstützen, wie beispielsweise die über 200 Gemeinschafts-, Schul- und Mietergärten oder Pflegepatenschaften für öffentliche Grünflächen.

Die Freiflächen, Grünanlagen und Wälder sind nicht nur Erholungs- und Freizeitorte, sondern auch „lebenserhaltende Organe“ des urbanen Ökosystems: Als Wasserspeicher, natürliche Klimaanlage, Sauerstoffspender, CO<sub>2</sub>-Speicher oder Luftfilter etc. Die Berliner SPD ist sich bewusst, dass mit zunehmendem Druck zur Nachverdichtung die Konkurrenz um diese Flächen wächst. Uns ist wichtig, dass diese Entwicklung nicht einseitig zulasten der Grünflächen der Stadt geschehen darf. Gerade die Corona-Krise hat uns verdeutlicht, welchen Stellenwert die öffentlichen grünen Infrastrukturen, wie Parks, Grünflächen und der öffentliche Raum für eine Stadtgesellschaft haben. Grünanlagen sind ein Pfeiler der Umweltgerechtigkeit. Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklungspolitik hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadt: Wir wollen Berlin noch grüner und lebenswerter werden, gerade in den verdichteten Quartieren.

Die gesamtstädtische Flächennutzungsplanung muss konzeptionell neu aufgestellt werden: Gerade in den hochverdichteten Quartieren darf die weitere Inanspruchnahme von Flächen durch Versiegelung und Bebauung nur ermöglicht werden, wenn sie zu einer nachhaltigen Stadtinfrastruktur beiträgt, z.B. durch Grün- und Freiflächen, Gebäudebegrünung, Solardächer, dezentrales Regenwassermanagement, Einsatz von regenerativen Energien oder ein multimodales Mobilitätskonzept.

Nachhaltige Stadtplanung soll verbindlich und „aus einem Guss“ erfolgen. Dazu muss eine raumbezogene verbindliche Verknüpfung der Planungswerke hergestellt werden, wie mit dem Landschaftsprogramm, Stadtentwicklungsplänen (StEP) Klima, Wohnen, Zentren und Mobilität und Verkehr mit dem Ziel sog. Vorranggebiete für nachhaltige Quartiere festzusetzen. Dieses hat in Mitwirkung und Abstimmung mit den Bezirken zu geschehen. Die Bauleitplanung muss, gerade auch für Neubauquartiere einen angemessenen Anteil an Grün- und Freiflächennutzung verbindlich festsetzen. Dazu sollen bürger\*innennahe Konzepte entwickelt werden und von den Investoren zu realisieren, wie z.B. Naturerfahrungsräume, Mietergärten oder Gemeinschaftsgärten.